



STADT WEISSENFELS

Der Oberbürgermeister

Stadtverwaltung Weissenfels – PF 1251 u. 1261 - 06652 Weissenfels

Weissenfelder Seiten per e-mail

Herr
Hartwig Arps
Damaschkestr. 25

06667 Weissenfels

Amt : Oberbürgermeister
Gebäude: Rathaus – Markt 1
06667 Weissenfels
Zuständig: Herr Risch
Durchwahl: 03443 / 370-200
Fax: 03443 / 370-203
e-Mail: oberbuergemeister@weissenfels.de
Internet: <http://www.weissenfels.de>
eMail-Adresse nur für formlose
Mitteilungen ohne elektronische Signatur

Ihre Nachricht vom

Ihr Zeichen

Unser Zeichen

Datum
2009-06-05

Sehr geehrter Herr Arps,

gern komme ich Ihrer Bitte nach, zur Haushaltssituation der Stadt aber auch zu den letzten Schlagzeilen zu berichten. Beginnen möchte ich mit dem akutesten Problem, der schlechten Haushaltslage. Die Situation im Jahr 2009 war von Anfang an ernst.

Sinkenden Steuereinnahmen stehen immense Mehrausgaben gegenüber: Allein 333,0 T€ höheres Defizit des Eigenbetriebes, 515,0 T€ höhere Umlage an den Kreis, rund 289,0 T€ aus tariflichen Lohnsteigerungen, plus Zusatzausgaben für die IBA-Präsentation oder den Sachsen-Anhalt-Tag 2010. Wenn es trotzdem gelungen war einen ausgeglichen Haushalt vorzulegen, dann nur unter rabiatesten Eingriffen in laufende Pflichtaufgaben. Allein im Bereich der Bewirtschaftung bzw. des Unterhaltes städtischer Anlagen wurden 560,0 T€ gestrichen. Alles hatte sich einem Ziel unterzuordnen: Im Zusammenhang mit einem nachvollziehbaren Konsolidierungskonzept auch für Weissenfels eine Entschuldung durch das Land zu erreichen. Denn aus Gesprächen mit der Kommunalaufsicht und dem Innenministerium wusste ich um die Möglichkeit und Chancen einer Bedarfszuweisung. Naumburg beantragte Diese **vor 2 Jahren**, und ist heute schuldenfrei! Aber jeder wusste Anfangs des Jahres um ein relativ kleines Zeitfenster, konkret bis zur letzten Steuerschätzung im Mai.

Natürlich ist eine Steuererhöhung niemals populär, selbst wenn es nur um eine symbolische Erhöhung der Grundsteuer ging (5,- bis 15,- Euro pro Jahr). Allein diese Geste, verbunden mit klaren Einsparungsvorgaben hätte auch Weissenfels diesen Antrag stellen lassen. Was dann passierte ist hinlänglich bekannt. Der Haushalt wurde offensichtlich bewusst zu Fall gebracht.

Denn was als Vorschläge zur Haushaltssanierung kam, war weder ernst gemeint noch umsetzbar. Von Mieterhöhung (CDU) für die Mieter der WWV bis zu höheren Straßenreinigungsgebühren (FDP / Freie Wähler) oder 40% Erhöhung der Parkgebühren in der Innenstadt (Linke). Dafür tat man so, als hätte man im Wahljahr noch große Geschenke zu verteilen. Welch grandioser Irrtum.

Das Ergebnis liegt heute vor: Fördermittelrückgaben, 440,0 T€ niedrigere Investitionen und die Verfügung einer Haushaltssperre in Höhe von 990,0 T€. Und während sich unsere Kreisstadt Naumburg mit Spaßbad, Theater, Kino, Domstift etc. weiterentwickelt, stehen Weißenfels weitere Einschnitte bevor! Da hilft es auch nicht, wenn sich der Fraktionsvorsitzende der Linken im Nachgang quasi entschuldigt.

Die Chance zur Beantragung einer Bedarfszuweisung ist vertan worden.

Wenn in den letzten Tagen eine Steuerkorrektur eines großen Unternehmens von ehemals 450,0 T€ auf 0,- € auf den Tisch kam, ist dies lediglich ein Vorgeschmack dessen was Weißenfels 2009 und in den Folgejahren drohen kann, ein ausgeglichener Haushalt ist in weite Ferne gerückt!

Zu den aktuellen Berichterstattungen. Dauerthema Seumeclub: Trotz großer Inszenierung bleibt es bei den Fakten: 128,0 T€ für ein nicht kontrollierbares Kulturleben kann sich die Stadt nicht leisten. Der 2006 geschlossene Vertrag ist, um es mit den Worten des vom Seumevereines beauftragten Rechtsanwaltes auszudrücken „schlecht für die Stadt“! Und so ist die Auflösung auch nicht einfach durchzuführen. Um es noch einmal ganz deutlich zu sagen: Nicht der Seumeverein steht zur Disposition, sondern das ihm übertragene sozio-kulturelle Zentrum! Projekte des Vereines, ABM-Maßnahmen, Floßfahrten oder Kinderveranstaltungen wie am 02. Juni sind und waren nicht Gegenstand des Seumeclubs! Und was den medialen Vorwurf des nicht miteinander Sprechens betrifft, es gab eine ganz klare Ansage der Vereinsvorsitzenden: Man will weiter selbstständig wirtschaften und wird sich nicht in bestehende Projekte, Strukturen oder Träger einordnen. Außerdem habe man einen Rechtsanspruch auf jährlich 128,0 T€ den man einklagen werde! Da bedurfte es schon ein klein wenig Rückrat bis zum heutigen Stand!

Noch ein paar Worte zum Statement des Stadtratsvorsitzenden in der MZ vom 29. Mai. Ich denke Herr Freiwald beschönigt die Situation! So spricht er von wichtigen Weichenstellungen für die Wirtschaft und Infrastruktur. Die Fakten sprechen eine andere Sprache: Bis auf kleine Restflächen gibt es keine Angebote für Investoren. Zur Erinnerung: Da wurde diesem Stadtrat 2007 suggeriert, ein großer Investor will nach Weißenfels und erste Preisvorstellungen diskutiert. Man vergaß zu erwähnen, das die Stadt weder über Planungsrecht noch Flächen verfügte. Der Investor produziert seit Monaten bei Magdeburg und hat Zulieferer nachgezogen, hunderte Arbeitsplätze in einer Zukunftsbranche geschaffen. Wir brauchen mindestens noch 1 Jahr bis auch hier wieder freie Kapazitäten zur Verfügung stehen, Flächen und Infrastruktur! Ein weiterer Investor ist abgesprungen, da selbst in einem ausgewiesenen Gewerbegebiet keine Planungssicherheit besteht.

Und was die angeblich gestörte Kommunikation betrifft: Ich denke man stürzt sich bewusst auf jede wahre oder weniger wahre Information. Z.B. der von Herrn Freiwald angeführte angebliche Ausfall des Sachsen-Anhalt-Tages. Teilnehmer des Stadtgespräches hatten es ganz richtig gehört: Wenn im Jahr 2009, wie im Stadtrat gefordert Personal entlassen werden soll, dann kann der Sachsen-Anhalt-Tag nicht in Weißenfels stattfinden. Dies war dem Stadtrat letztendlich bewusst, weshalb er dem Personalabbau erst ab 2011 zustimmte. Die Presse hat das „wenn“ weggelassen und so landesweite Schlagzeilen erhalten. Wo war da die Klarstellung der anwesenden Stadträte?

Einen so genannten Alleingang kann man mir vorwerfen! Ich habe unabgestimmt dafür gesorgt, dass das Weissenfelder Bahnhofsareal noch in die Landesförderung aufgenommen wurde. Da bei meinem Amtsantritt allerdings alle Fristen verstrichen waren ohne Rücksprache mit dem Stadtrat.

Wie sah es davor aus? Das IBA-Projekt war längst durchgeplant bevor der Stadtrat überhaupt darüber diskutieren konnte, die Fördermaßnahme „Soziale Stadt“ gar beantragt (u.a. Wohngegend der Leopold-Kell-Str. statt sozialer Brennpunkt Neustadt), die „Wilhelmshöhe“ gegen bestehenden Stadtratsbeschluss unwiederbringlich verscherbelt (leider fällt mir da kein anderes Wort ein). Baumaßnahmen wie in der Marienstrasse wurden gegen bestehendes Recht umgesetzt und, und, und... Offensichtlich hatte die derzeitige Ratsmehrheit aus CDU und DIE LINKE eine deutlich höhere Schmerzgrenze!

Natürlich ist es für manchen Stadtrat neu, nicht mehr „staatstragend“ zu sein. Und so werde nicht nur ich den Eindruck nicht los, dass man Dank immer noch bestehender Mehrheiten im Stadtrat wenigstens bremst. Wo bleibt hier das Gemeinwohl unserer Stadt?

Ein weiterer Beleg ist neben den Beschlüssen zum Haushalt auch die Aussage des Ausschussvorsitzenden für Stadtentwicklung zum Verkehrskonzept der Stadt: „Ich diskutiere nicht über ein Verkehrskonzept für Weißenfels, solange in der Innenstadt keine zweite Saalebrücke geplant ist“

Ich bitte um Verständnis dafür, dass mir hierzu die Worte fehlen!

Herzlichst

Robby Risch

Ein kleiner Auszug aus dem Prüfbericht des Landesrechnungshofes, Warnungen gab es genug!

Landesrechnungshof Sachsen-Anhalt Jahresbericht 2007

Zur Finanzlage der Kommunen:

Dies betrifft z. B. die Stadt Weißenfels, die in einer Fortschreibung ihres Haushaltskonsolidierungskonzeptes vom 1. Juni 2005 die Erhöhung des Hebesatzes für die Grundsteuer B vorgesehen hatte. Der Hebesatz von 350 v. H. war seit dem Jahr 1997 gleich geblieben und im Verhältnis zu vergleichbaren Städten der niedrigste im ganzen Land. Die vorgesehene Erhöhung auf 400 v. H. sollte 310.000 € Mehreinnahmen jährlich erzielen. Trotz der Festlegung im Haushaltskonsolidierungskonzept lehnte der Stadtrat die Beschlussfassung über den höheren Hebesatz im Rahmen der jeweiligen Haushaltssatzung bis einschließlich zum Haushaltsjahr 2007 ab. In der Fortschreibung zum Haushaltskonsolidierungskonzept 2007 vom 12. Juli 2007 ist auch diese Maßnahme mit Wirksamkeit ab dem Haushaltsjahr 2008 wieder enthalten. Obwohl zwischen den geplanten Einnahmen und Ausgaben im Verwaltungshaushalt ein Fehlbedarf in Höhe von fast 6 Mio. € besteht und im Vermögenshaushalt Kreditaufnahmen in Höhe von 811.000 € vorgesehen sind, hat der Stadtrat im Rahmen der Haushaltssatzung 2008 beschlossen, die Hebesätze für die Grundsteuer B mit 350 v. H. unverändert zu lassen. Die Kommunalaufsichtsbehörde hat die erforderliche Genehmigung für diese Haushaltssatzung mit Verfügung vom 26. Februar 2008 erteilt.

Der Landesrechnungshof weist darauf hin, dass ein derartiges Nichthandeln über mehrere Jahre hinweg ein deutlicher Anhaltspunkt für eine mangelnde Konsolidierungsbereitschaft ist. Daher hätte die Kommunalaufsichtsbehörde nach Ansicht des Landesrechnungshofes eine Versagung der Kreditgenehmigung in Erwägung ziehen müssen.